



Aus den Fraktionen

Die folgend abgedruckten Inhalte stellen ausschließlich Meinungen bzw. Sichtweisen der jeweiligen Fraktion dar. Die Stadt Eppelheim steuert auf diesen Seiten keine Inhalte bei.

Fraktion SPD Eppelheim

Sprecherin der SPD-Fraktion Renate Schmidt



Eppelheim braucht bezahlbaren Wohnraum

Durch die zentrale Lage in der Metropolregion und die gute Anbindung an den ÖPNV ist Eppelheim eine attraktive Wohnge-
meinde. Der Wohnungsdruck auf die Ballungsräume ist in den letzten Jahren massiv gestiegen und somit haben sich auch die Wohnungsmieten in den letzten Jahren erheblich erhöht. Die meisten Wohnungen befinden sich in privater Hand und die zunehmende Anlage von Vermögen in Immobilien haben die Preise weiterhin

steigen lassen. **Es mangelt an bezahlbarem Wohnraum.** Um diesem Mangel zu begegnen, wird es eine wesentliche Aufgabe der Gemeinde Eppelheim sein, eigenen Wohnraum zu erstellen. Denn bezahlbarer Wohnraum kann nur dann entstehen, wenn sich die Gemeinde aktiv am Wohnungsmarkt beteiligt.

Die SPD-Fraktion hat deshalb den Antrag eingebracht, verschiedene Modelle zu erarbeiten und vorzustellen, auf welchem Weg eine eigene Wohnungsbaugesellschaft in Eppelheim gegründet werden kann. Die Schaffung und Verwaltung von Wohnraum durch eine Wohnungsbaugesellschaft birgt wesentliche Vorteile und bietet die Möglichkeit, als Konkurrenz zu privaten Anbietern zu agieren. Beispiele aus anderen Kommunen zeigen, dass dies auch für Eppelheim ein gangbarer Weg sein kann.

Foto: Presseservice Geschwill

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Nika Weiss



Black Friday in Eppelheim – Wie wir trotz Abstand zusammenhalten können

Nicht erst seit Ausbruch der Covid-19-Pandemie leidet der Einzelhandel unter zunehmender Online-Konkurrenz und nachlassender Kundschaft. Leichte und schwere Lockdowns bedeuten in dieser Jahreszeit für den Einzelhandel vor allem fehlende Einnahmen und lösen leicht die Sorge um die eigene Existenz

aus. Das ist nicht nur in vielen Ländern weltweit, sondern auch in unserer Stadt ein Thema, welches beschäftigt.

Um das Kaufverhalten anzuregen, findet jährlich der sogenannte „Black Friday“ am Freitag nach dem amerikanischen Thanksgiving statt. Er gilt dabei als eine Verkaufsveranstaltung des Einzelhandels und läutet den Beginn der Weihnachtseinkaufssaison ein. Doch während in den USA der „Black Friday“ zum Großteil im stationären Einzelhandel stattfindet, werden in Deutschland die meisten Aktionen und Rabatte mittlerweile online angeboten und genutzt.

Auch für unsere Umwelt ist der „Black Friday“ eine Herausforderung. Gerade das Online-Shopping verursacht Plastik- und Verpackungsmüll, aber auch CO₂-Emissionen durch den Transport der gekauften Artikel. Doch auch zurückgeschickte Ware verursacht in der Folge Schäden. Bevor also auf Online-Weihnachtsaktionen und weitere Online-Rabatte eingegangen und schnell gekauft

wird, sollten wir uns die Frage stellen: Brauche ich das wirklich und wenn ja, kann ich einen lokalen Anbieter aufsuchen und dort kaufen?

Zwar erfordert die Corona-Pandemie, dass wir im realen Leben die AHA-Regeln einhalten (AHA steht für Abstand, Hygiene und Alltagsmaske) und aus Rücksicht aufeinander dadurch auf Abstand gehen. Dennoch sollten wir nicht vergessen: Auch mit Abstand können wir zusammenhalten und beispielsweise unsere Weihnachtsgeschenke nicht ausschließlich online bestellen. Durch bewusstes und bedachtes Kaufverhalten haben wir damit nicht nur einen positiven Effekt auf unseren eigenen Fußabdruck – auch unterstützen wir damit unsere Mitbürgerinnen und Mitbürger.

Foto: Martin Gramm



Aus dem Ortsgeschehen

Fuchsfänger spenden Erlös aus Spielteilnahme für Aktion Wünschebaum

Im Rahmen des Jubiläumsjahres fand im September im Foyer der Rudolf-Wild-Halle ein Fuchsfangturnier statt. Es handelt sich dabei um eine Eppelheimer Variante des Kartenspiels „Doppelkopf“. Der Erlös in Höhe von 200 Euro aus der Spielteilnahme wurde nun durch Uwe Treiber, Organisator des Turniers, an Bürgermeisterin Patricia Rebmann als Spende für die Aktion Wünschebaum übergeben.

Bürgermeisterin Rebmann freute sich sehr, dass der Wünschebaum durch die Spielteilnehmer Unterstützung findet und dankt Uwe Treiber und allen Eppler „Fuchsfängern“ ganz herzlich.



Bürgermeisterin Patricia Rebmann und „Fuchsfänger“ Uwe Treiber

Foto: Stadt Eppelheim

1250 Jahre Eppelheim

Eppelheimer Alltagskonflikte im „Dritten Reich“ und in der Nachkriegszeit: Bagatelldelikte vor dem Bürgermeister als Strafverfügungs- und Schiedsinstanz

Über die Alltagsgeschichte des Ortes ist anhand der Akten des Stadtarchivs wenig in Erfahrung zu bringen. Das dort versammelte Verwaltungsschriftgut wurde zu vielerlei Zwecken angefertigt, nicht aber in der Absicht zu dokumentieren, wie die Einwohnerinnen und Einwohner miteinander umgingen. Dies wurde für die Gemeindeverwaltung nur dann zu einem Thema, wenn behördlicher Regelungsbedarf bestand oder Regelverstöße geahndet werden mussten. Als Instanz für die Ahndung von Bagatelldelikten hatte der Bürgermeister bis in die Mitte des 20. Jahrhunderts und teilweise noch darüber hinaus beträchtliche Kompetenzen: In Ortpolizeistrafverfahren konnte er bis 1945 nicht nur Geld-, sondern auch kürzere Haftstrafen verfügen, die in den Arrestzellen des Rathauses zu verbüßen waren. In der Nachkriegszeit amtierte er als Schiedsinstanz zum Beispiel bei Beleidigungsklagen,

die erst dann vor die Gerichte kamen, wenn „Sühneversuche“ der Parteien im Rathaus gescheitert waren. Von beiden Aufgabenfeldern des Bürgermeisters – seinem Richter- und seinem Schiedsrichteramt – haben sich im Stadtarchiv Aktenreste erhalten, die Einblicke in die konfliktbehafteten Facetten des Eppelheimer Alltagslebens in den 1930er und den 1940er Jahren erlauben.

Beim chronologischen Streifzug durch die Alltagskonflikte dieser Jahre fällt zunächst auf, dass sich die nationalsozialistische Machtübernahme und der Ausbau der Diktatur in den Akten kaum widerspiegeln. Dies ist insofern nicht verwunderlich, als es aus der Sicht der Nationalsozialisten politische Bagatelldelikte gar nicht gab und Fälle selbst milder Kritik an den bestehenden Zuständen nicht den Bürgermeistern überlassen, sondern höheren Orten – durch die Gestapo in Heidelberg und das zu politischen Abschreckungszwecken errichtete Sondergericht in Mannheim – erledigt wurden. In den Eppelheimer Ortspolizeistrafsakten seit 1933 finden sich deshalb ganz überwiegend Fälle, wie sie sich auch zehn Jahre zuvor oder 15 Jahre später zugetragen haben könnten.

Hierzu gehören Familienstreitigkeiten wie die handgreifliche Auseinandersetzung einer 24-Jährigen mit ihrem Schwiegervater, der eine vorübergehend in seinem Stall untergebrachte Ziege nicht aushändigen wollte, solange sein Sohn Schulden in Höhe von zwei Reichsmark bei ihm nicht beglichen habe, oder ein mit „Lattenstücken“ ausgetragener Konflikt zweier Arbeiter auf einer Baustelle – auch hier war der Auslöser eine offene Geldforderung. Neben solchen privaten Auseinandersetzungen fanden natürlich auch Verstöße gegen gemeindliche Anordnungen aktenmäßigen Niederschlag: Mehrfach wurde die Missachtung des – warum auch immer ausgesprochenen – Verbots, den Friedhof mit Kinderwagen zu betreten, mit Geldstrafen geahndet. Hiergegen legte eine Mutter von sechs Kindern im Juli 1936 Widerspruch ein: „Am Tage der Übertretung hatte ich 4 davon bei mir. Durch das Schild am Friedhofseingang wurde ich veranlasst, das Kind im Alter von einem halben Jahr auf den Arm zu nehmen. Zu gleicher Zeit beauftragte ich eines meiner Kinder, den Wagen innerhalb des Tores aufzustellen, unwissend, dass ich mich dadurch strafbar machte. Ich bitte daher, mir die Strafe zu erlassen, da ich eine so zahlreiche Familie zu ernähren habe. Ich werde eine derartige Übertretung nicht mehr begehen“.

Recht viele Fälle zählen zur Kategorie des „groben Unfugs“, die allerdings sehr unterschiedliche Delikte umfasste. Auch nach heutigem Verständnis würde man hierunter wohl den Anruf einer 17-jährigen Auszubildenden fassen, die an einem frühen Juniabend des Jahres 1937 von der „Fernsprechkabine auf dem Wasserturmplatz“ der Sanitäts- und Feuerwache in Heidelberg mitteilte: „der Neckar brennt tut Stroh her, der Ketscher Wald brennt auch“ – dies hätten ihr, so gab sie zu Protokoll, beistehende Freundinnen vorgesagt, als sie irrtümlich den Notruf gewählt habe. Ein deutlich schwereres Delikt, dass aber statt als Körperverletzung ebenfalls als „grober Unfug“ eingestuft wurde, war die Misshandlung einer geschiedenen Frau durch ihren früheren Ehemann, der sie – vorgeblich, weil sie seine Kinder „nicht anständig“ erziehe – mit der Faust auf den Mund schlug, sie auf den Boden warf und „mit seinem Schuhabsatz gegen“ ihre „rechte Kopfseite“ trat. Ob die gegen den Täter verhängte Geldbuße von zehn Reichsmark der Vorstellung der Frau von einer „empfindlichen“ Strafe entsprach, „damit er mich in Zukunft in Ruhe lässt“, erschließt sich aus der Akte nicht. Noch deutlich glimpflicher, nämlich mit einer Strafe von drei Reichsmark, kam 1940 ein ebenfalls für „groben Unfug“ zur Rechenschaft gezogener Landwirt davon, der einem achtjährigen Jungen, weil dieser auf seinem Grundstück mit einer Wagenrolle gespielt hatte, mit einer Peitsche ins Gesicht schlug. In diesem Fall hätte es doch, so bilanzierte der diensthabende Polizeidiener im Protokoll, „genügt, wenn der Angezeigte dem Schüler einige Schläge mit der Hand auf das Gesäß geschlagen hätte“.

Breiten Raum nehmen in den Akten – was nicht unbedingt Erstaunen hervorrufen mag – Trunkenheitsdelikte ein. Zwei Beispiele aus dem Jahr 1939 betreffen einen 31-jährigen Wagner, der, „im betrunkenen Zustande, in seiner Wohnung den größten Teil seines Küchengeschirrs und sonstige Gegenstände demolier- te, was geeignet war Ärgernis zu erregen“, und einen 34-jährigen

Hilfsarbeiter, der in der Friedrichstraße „in betrunkenem Zustande auf dem Boden lag“ und ein Mädchen und eine junge Frau „dadurch belästigte, indem er ohne einen Anlass zu haben, vom Boden aufstand und sein Fahrrad“ gegen sie warf. Durch übermäßigen Alkoholkonsum fielen indes nicht nur Handwerker und Arbeiter auf; auch ein Hauptlehrer der Eppelheimer Volksschule wurde aktenkundig, weil er in der Nacht vom 1. auf den 2. Februar 1941 zwar „nach Eintritt der Polizeistunde“ die Gastwirtschaft „Zur Rose“ verlassen, sich danach aber in den „Pflug“ begeben und dort „bis morgens um 4 Uhr“ weitergezecht hatte. Da solches schon wiederholt vorgekommen war, empfahl der Polizeidiener eine „empfindliche Strafe“, „damit „er sein Verhalten in Zukunft ändert“.

1. Polizeistrafsachen: Eppelheim, den 10. Oktober 1936.

Meldung

des Schuttmann, Polizei - Hptw.

Beschluß

1. Eintrag in die Polizeistrafsachen-Liste.

2. Strafverfügung – Verurteilung gegen

den 31-jährigen, ledigen, erwerbsfähigen, bürgerlichen Mann Jakob, Elektriker-Monteur, geboren am 11. 11. 1904, wohnhaft in Eppelheim, Hauptstr. Nr. 1.

Der Angezeigte hat am 27. September 1936 zwischen 23 u. 24 Uhr hier in der Wirtschaft zur „Rose“ während dem Ganzen dem Hausier Heinrich hier Seegasse wohnhaft, wegen eines Missgeschicks mit dem er tanzte, mit der Hand ins Gesicht schlug und dann einen Tritt auf sein Gesicht versetzte, wodurch er groben Unfug verübt hat.

Übertretung des § 360 Ziff. 11 betr.

Der Angezeigte gab die Tat auf Vorhalt zu, und erklärte, dass er eine Strafe in dieser Sache annehme.

zusammen 3,00 RM

4. Infallung gegen Schein durch die 1936 – Rotstempel unter Rechtsmittelbelehrung.

5. B.-B. in einer Woche.

Der Bürgermeister:

Abb. 1: Recht häufig waren die Eppelheimer Gaststätten Schauplätze von Konflikten, die Polizeistrafen nach sich zogen. In diesem Fall aus dem Jahr 1936 gab ein „Mädchen“ Anlass für eine handgreifliche Auseinandersetzung. Foto: Stadtarchiv Eppelheim

Ob Verstöße gegen die Sperrstunden der Gastwirtschaften während des Zweiten Weltkrieges schärfer geahndet wurden als zuvor, lässt sich nicht sagen, da die Fallzahlen zu gering sind. Gleiches gilt für die Polizeistrafen wegen „verbotswidrigen Schießens an bewohnten Orten“, bei denen jedoch beide überlieferten Fälle aus den Kriegsjahren stammen. Beide Male waren es männliche Heranwachsende, die mit Luftgewehren auf Vögel geschossen hatten. Der dafür im April 1940 zur Rechenschaft gezogene 14-jährige Schüler brachte die wenig hilfreiche Ausrede vor: „Ich weiß das ich an einem bewohnten Ort nicht schießen darf. Die Amsel habe ich deshalb abgeschossen, weil ich der Meinung war, es sei ein Rabe“. Die gleiche Geldstrafe, nämlich drei Reichsmark, wurde im Mai 1942 auch gegen einen 17-jährigen Lehrling verhängt, der „im Hofe der kath. Kinderschule“ auf Sperlinge geschossen hatte. Er gab vor, von dem Verbot nichts gewusst zu haben, und verwies auf eine ausdrückliche Erlaubnis der katholischen Kinderschulschwester: „Sie sagte zu mir, ich solle nur die Sperlinge abschießen, weil sie in ihrem Garten alles abfressen“. Bei etlichen Fällen sind die Bezüge zur Ausnahmesituation des Krieges unübersehbar. Hierzu gehören die recht zahlreichen Fälle, in denen die „Täter“ aus der Gruppe der Zwangsarbeiter stammten, die nach Eppelheim verschleppt worden waren: Bei

der Mehrzahl der von ihnen begangenen Delikte handelte es sich um Übertretung des Ausgangsverbots (dies galt für die Zwangsarbeiter von 21 bis fünf Uhr). Mitunter ertappte der Polizeidiener sie auf „frischer Tat“; aber auch Anzeigen durch die Arbeitgeber kamen vor, zum Beispiel durch den Landwirt Heinrich Josef, der bei der Polizei zu Protokoll gab, dass der bei ihm beschäftigte polnische Zwangsarbeiter „immer erst zwischen 23 und 24 Uhr nach Hause“ komme, „obwohl ihm bekannt ist, dass er nach 21 Uhr nicht mehr ausgehen darf. Durch sein langes Fortbleiben hat er morgens nicht ausgeschlafen und will nichts arbeiten und muss immer durch mein energisches Auftreten zur Arbeit angehalten werden. Den Weisungen meiner Ehefrau und meinen beiden Töchtern leistet er überhaupt keine Folge. Um diesen Missstand zu beseitigen bitte ich das Bürgermeisteramt, den Angezeigten empfindlich bestrafen zu wollen“.

Polizeistraffen:
Eppelheim, den 21. April 1941

Beschluß

1. Eintrag in die Polizeistraffenliste O-3.
2. Strafverfügung – Warnung gegen
[Name] Mihanka
b. 14. beidseitig, b. 14. – er – sie – hohe Meldung
Beweismittel: Meldung [Name]
Strafbestimmung: § 26 StGB
§ 1 Abs. 2 der
Verordnung vom 15. Mai 1940 betr. Zivil-
arbeiter und -arbeiterinnen poln. Volks-
tums in Verbindung mit § 29 des Bad.
F. Str. G. B. und § 30 Ziffer 11 St.
G. B.
Strafe: 3. – 7. voll. 7. Tage
Holt und Kosten mit – 25. – 25. –
„Gegen diese Strafverfügung kann binnen einer Woche
nach ihrer Zustellung
1. gerichtliche Entscheidung beim Amtsgericht
[Name] oder beim unter-
geordneten Bürgermeisteramt beantragt,
oder beim Bürgermeisteramt
2. Beschwerde an die höhere Polizeibehörde (Bezirksamt)
eingelegt werden.“
3. Ansetzung der Strafe mit – 3. – 25. –
und der Kosten mit – 25. – 25. –
aufsummen – 3. – 25. –
4. Zustellung gegen Gehalt durch die Post – Ratsherrn-
unter Nachschreibungsbeilegung.
5. W. Vorlage in einer Woche.
Der Bürgermeister:
[Name]
Ausfertigung der Strafverfügung habe ich heute b. [Name]
Beleidigten selbst
in Anwesenheit
am [Name] heute zugehellt.
Eppelheim, den 30. April 1941
[Name] Polizei Hauptwachmeister.

Meldung
Eppelheim, den 17. April 1941.
des [Name] Polizei – Epts.
Der Unt. [Name] bringt zur Anzeige:
In: Vorname: [Name] Mihanka
Beruf: poln. Arbeiterin
Geburtszeit: 19. 9. 1921
Geburtsort: Stobierna in Polen.
Wohnung: Eppelheim, Kirchheimerstr. 15,
weil er – sie –
am 16. April 1941 bis abends 21.45 Uhr
über die Ausgangszeit hinaus in der
Kirchheimerstrasse mit noch einigen
poln. Arbeiterinnen herumtrieb und
durch überlautes Schreien ruhestören-
den Lärm erregt und groben Unfug ver-
übt hat.
Der Ausgang ist in den Stunden von
21 bis 5 Uhr für die Zeit vom 1. April
bis 1. Oktober verboten.
Übertretung des § 1 Abs. 1 der Ver-
ordnung vom 15. Mai 1940 betr. Zivil-
arbeiter und -arbeiterinnen poln. Volks-
tums in Verbindung mit § 29 des Bad.
F. Str. G. B. und § 30 Ziffer 11 St.
G. B.
Die Angezeigte hat bei ihrer Einver-
nahme die Tat zugegeben. Sie wurde von
mir wegen ihrem ungebührlichen Ver-
halten ganz energisch verwarnt und
ist mit der Anzeige bekanntgemacht

Abb. 2: Ein beträchtlicher Teil der Polizeistrafen der Kriegsjahre entfiel auf Zwangsarbeiter, deren Arbeitskraft man gerne in Anspruch nahm, die aber auch als Störung im Ortsbild wahrgenommen wurde. In diesem Fall aus dem Jahr 1941 wurde eine Polin wegen Übertretung der Ausgangssperre belangt. Foto: Stadtarchiv Eppelheim

Kriegsbedingt waren auch die seit 1942 gehäuferten Verstöße gegen die Luftschutzverordnung, wobei den Akten nicht zu entnehmen ist, ob die Angezeigten tatsächlich der Pflicht zur Verdunklung ihrer Wohnungen bei Fliegeralarm nicht nachgekommen waren oder ob der anzeigende Luftschutzwart sein Amt dazu benutzt hatte, seine Nachbarn zu tyrannisieren. Dass der Krieg über solche Schutzmaßnahmen hinaus weitere neue Pflichten brachte, zeigt eine Strafverfügung vom Dezember 1942 gegen einen Eppelheimer Weinhändler wegen Übertretung der Verordnung „zur Abwehr des Kartoffelkäfers“. Der Angezeigte war zweimal dem durch Ortsschelle angekündigten „Kartoffelkäfersuchdienst auf Gemarkung Eppelheim“ unentschuldigt ferngeblieben – und zwar, wie der Bürgermeisterstellvertreter Jakob Stephan meinte, „absichtlich“, wie „er dies auch so gern in den anderen Diensten, zu denen er herangezogen ist, tut“. Stephan fürchtete, dass der Weinhändler mit seinem schlechten Beispiel den „so wichtigen Kartoffelkäfersuchdienst“ insgesamt gefährde, und brachte den Fall vor das zuständige Gericht, nachdem der Angeschuldigte die Strafverfügung – eine Geldstrafe von fünf Reichsmark – nicht ak-

zeptiert hatte. Wie dort entschieden wurde, geht aus den Eppelheimer Akten nicht hervor.

Für die Nachkriegszeit geben die Akten, wie eingangs erwähnt, hauptsächlich Informationen darüber, zu welchen Anlässen und mit welchen Worten sich die Eppelheimerinnen und Eppelheimer beleidigten. Sie taten dies häufig mit zeitlosen Schimpfwörtern, aber vielfach auch mit Ausdrücken, in denen sich deutlich die damaligen Gegenwartsprobleme widerspiegeln. Hochkonjunktur hatten zum Beispiel Schimpfwörter, die auf sexuelle Kontakte von Frauen zu amerikanischen Besatzungssoldaten verwiesen. So kam es im Juli 1946 in der Christophstraße zu einem Wortgefecht zweier Frauen, in dem die eine die andere eine „Amihur“ nannte und behauptete, sie „hätte von einem Ami oder von einem Neger ein Kind“ – kryptisch erscheint die weitere Behauptung, „unsere Familie sei 1931 von Heidelberg-Pfaffengrund ausgewiesen worden“. Während in diesem Fall die Beleidigte selbst die Anzeige erstattete, tat dies im Dezember 1946 ein Mann, dessen Ehefrau ebenfalls in einem Nachbarschaftsstreit als „Amihur“ tituliert worden war. In anderen Fällen finden sich die sprachlichen Varianten „Amischlumpel“ und „Amischnepe“ in den Anzeigen.

Nicht ganz so zahlreich, aber ebenfalls recht häufig finden sich Beschimpfungen, die sich auf das Verhalten von Personen während der nationalsozialistischen Herrschaft bezogen. So fühlte sich im Juni 1946 ein Schriftsetzer und mutmaßlich ehemaliger Soldat von einer Witwe dadurch beleidigt, dass sie „in einer Sitzung der Kriegsbeschädigten erklärt“ habe, „die SA, SS und Hitler gehören alle fort“. Um einiges schwerer wog sicherlich der Vorwurf, den ein Elektromeister dem anderen (beide trugen den gleichen Nachnamen) gemacht hatte, nämlich, dass er „im Jahr 1944 einen abgesprungenen englischen Flieger totgeschlagen und dann ausgeplündert“ habe. In diesem Fall scheiterte der Sühneversuch, da der Beklagte nur den Vorwurf der Tötung, aber nicht den der Plünderung zurücknahm. Ein ähnlicher Vorwurf wurde im Mai 1948 auch einem Kirchheimer Kaufmann gemacht, dem eine Eppelheimerin „nach vorausgegangenem beiderseitigen Wortwechsel“ nachgesagt hatte, er habe „während des Krieges halb Frankreich ausgestohlen und sie würde mich hinbringen, wo ich hingehöre“. Gemeint war damit möglicherweise eines der alliierten Internierungslager, in denen in den ersten Nachkriegsjahren knapp zwei Dutzend Eppelheimer wegen der von ihnen innegehabten Posten in der NSDAP und der SS einsaßen. Hierauf spielte im Juli 1948 eine Frau an, die einen Nachbarn anzeigte, weil „er uns eine Schiebergesellschaft nannte und aussagte, er wüsste warum mein Ehemann im Internierungslager gewesen sei“.

Tagesaktuelle politische Konflikte sind in den Beleidigungsakten nur ganz vereinzelt auszumachen: Der kommunistische Gemeinderat Jakob Lamade zum Beispiel wurde im Oktober 1947 von einem Bahnarbeiter angezeigt, weil er bei „der Militärregierung in Heidelberg die Behauptung“ aufgestellt habe, „meine Ehefrau hätte die Aussage gemacht: Wenn die Russen zu uns kommen, bekommen die Amerikaner die Hälse abgeschnitten“. Auch der Sozialdemokrat Andreas Jäger selbst, der als Bürgermeister die Sühneversuche durchzuführen hatte, wurde im März 1947 angezeigt, und zwar von dem Maurermeister Wilhelm Zimmermann, weil er in einer Versammlung des Gewerkschaftsbundes in der Wirtschaft zur Rose ausgesagt habe, „ich hätte im Odenwald Kartoffel gehamstert und hätte Schuhe dagegen gegeben“. Der Fall, dessen Behandlung Jäger dem Bürgermeisterstellvertreter Franz Holzmann übertrug, war insofern brisant, als der Kommunist Zimmermann im April 1945 für einige Tage als kommissarischer Bürgermeister amtierte hatte, bevor die Amerikaner Jäger dieses Amt übertrugen, und weiterhin in der Gemeinde für die KPD aktiv war. Vermutlich mit Rücksicht auf den kommunalpolitischen Frieden lenkte Jäger ein und erklärte seine Bereitschaft, „in der nächsten hiesigen Maurerversammlung die Erklärung abzugeben, dass er mit seiner gemachten Äußerung Zimmermann nicht treffen wollte bzw. dass [er] keinesfalls die Behauptung aufstellen wollte, als hätte Zimmermann Schuhe gegen Kartoffel verschoben“. Auf dieser Basis stimmte Zimmermann einem Vergleich zu. Der Fall blieb einer von wenigen, in denen der „Sühneversuch“ gelang. Frank Engehausen